

**A SAJTÓSZABADSÁG ÉRVÉNYESÜLÉSE MAGYARORSZÁGON 1867 – 1875
(DER DURCHBRUCH DER PRESSEFREIHEIT IN UNGARN 1867 – 1875)**

MIHÁLY T. RÉVÉSZ

Akadémia Verlag, Budapest 1986. 253 p.

Dem 200. Jahrestag der „Déclaration des droits de l'homme et du citoyen“ sieht unsere Welt mit recht vielerlei Erwartungen entgegen. Abgesehen von den aktualisierten politischen Standpunkten werden auf diese Weise die ideengeschichtlichen Erinnerungen auch von den eigentlichen wissenschaftlichen Annäherungen weit übertroffen. Das alles ergibt sich daraus, dass die zur Ideenwelt der Menschenrechte gehörenden gesellschaftlichen Erwartungen heute schon alle Völker der Welt so oder so berührt haben, im Zeichen der ausgedehnten Kategorie der Déclaration des droits wiederum ist überall in den staatlich organisierten Gesellschaften ein beinahe permanenter Kampf in Gange. Wie laut aber die Unzufriedenheit anstiftende Tätigkeit der sich an die Menschenrechte klammernden Grossmachtpolitik auch immer sei, hebt die grundlegende intellektuelle Anziehung der Menschen im allgemeinen vor allem die Bedeutung der Rechte auf das friedliche Leben hervor. Heute erscheinen schon also die Menschenrechte auch für uns nicht nur als Aktualität der politischen Rechte.

Bei uns haben die theoretischen Rechtswissenschaften, bzw. neuerdings die zum Kreis der Politologie gehörenden Denker vieles getan, um vor allem auch den historischen Hintergrund der Problematik der wirtschaftlich-sozialen Rechte klarzulegen. Bis heute mangelhaft, bzw. sporadisch blieben hingegen jene analysierenden Untersuchungen, die der Erschliessung der historischen Rolle der politischen, bzw. kulturellen Rechte dienten. Umso mehr auffallend ist ferner, dass in der Beurteilung unserer Rolle in der Weiterentwicklung der Menschenrechte in diesem Sinne eine Art zurückhaltendes Abwarten zur Geltung kam. Nun, deshalb ist es von Bedeutung, dass der einheimische Rechtshistorismus z. B. die Fragen der Gerichtsrechte, bzw. die der Freiheit der Wissenschaft endlich in seiner eigenen historischen Konkretheit behandelte und auch die Erschliessung des Wirrwarrs unserer einschlägigen gesellschaftlichen Erfahrungen übernahm. Hier können wir mit Recht auch die im Akadémia Verlag erschienene Monographie „Der Durchbruch der Pressefreiheit in Ungarn 1867 – 1875“ (Budapest, 1986. 253 p.) von Mihály Révész T. erwähnen, die eine musterhaft dokumentierte, bzw. auf zeitgenössischen Archiv- und Regierungsquellen basierende Analyse über die die erste grosse historische Periode ausdrückenden gesellschaftlichen Erfahrungen der Realisierung gab.

Es ist bekannt, dass mit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich auch die ungarischen herrschenden Klassen die Möglichkeit hatten, einen modernen (zwar kompromissvollen) Weg bürgerlichen Charakters innerhalb der Grenzen eines der vielsprachigen Reiche des mittel- und osteuropäischen Territoriums zu beschreiten, der grundsätzlich „von zahlreichen Widersprüchen geprägt war“ (siehe im. (1986) 16 – 17 pp.). So waren die Jahre nach dem Ausgleich wirklich „die rege und sich schnell entwickelnde (spannende) Periode“ der ungarischen Presse. Angesichts der seltener gewordenen historischen Quellen der Epoche betrachten wir bis jetzt die einschlägigen Möglichkeiten der Forschungsarbeit oft mit voller Skepsis, was jetzt der Verfasser vollauf widerlegte, nachdem – wie er sagt – „die freiste Periode“ unserer Presse bürgerlichen Charakters den Forscher mit einer Fülle von Ideen verblüfft. Aufgrund der erörterten und systematisierten Kenntnisse sieht nun auch der Leser mit Überzeugung, dass die sich nach der verspäteten bürgerlichen Umgestaltung endlich realisie-

rende Pressefreiheit in ihrer historischen Wirklichkeit zu verfolgen ist, die sich darin anhäufenden gesellschaftlichen Erfahrungen können also auch heute eine nützliche Grundlage für unser allgemeines Denken bedeuten.

Innerhalb eines verhältnismässig kurzen Zeitintervalls, aber in einem umso reicheren Themenkreis kommt diesmal die methodische Forschungs-Analyse-Rechtsgeschichtsschreibung vorwärts, während der Verfasser den Leser auch auf die Urquellen (vor allem auf die Vorereignisse bis hin zur ungarischen Jakobinerbewegung) zurückblickend zur Vielfältigkeit der das Presserecht der ersten Periode des Dualismus charakterisierenden relevanten Rechtsverhältnisse führt. Die Wiederherstellung der Verfassungsmässigkeit bedeutete nämlich das Inslebenrufen des XVIII. Gesetzartikels vom Jahre 1848 (des Pressegesetzes) und dieses wirklich fortschrittliche Gesetz „wirkte trotz der veränderten Umstände anregend auf die Entwicklung der ungarischen Presse“. Besonders bemerkenswert ist die Feststellung, dass die freigesinnten (liberalen) Züge des von Szemere verfassten Gesetzes auch durch die zwecks Vollstreckung erlassenen Ministerialverordnungen nicht beeinträchtigt waren. Diese Verordnungen hielten sich nämlich – allerdings verwickelter – nach wie vor an die Prinzipien des liberalen Presserechtes.

Doch nicht nur einfach eine fortschrittliche Tradition wurde im rezensierten Werk erschlossen, sondern durch eine Reihe von bis jetzt unbekannten Momenten wurde deutlich, dass bei uns gerade in der behandelten historischen Periode – zwar in einer komplizierten historischen Situation – endlich eben auf dem Gebiet der Befreiung des gedruckten Gedankens bzw. der Nationalitätenrechte Fortschritte solchen Masses (und Wertes) erzielt wurden, die „der Organisation der demokratischen Kräfte einen breiteren Raum sicherten als das politische System anderer osteuropäischen Länder“. Im Dienste des Beweises dieser These hat der Verfasser sämtliche Gebiete der Pressepolitik der Regierung, die sich in Bereich der Pressepolitik verwirklichende Legislationstätigkeit, die Informationsfunktion des Kabinetts von der Deák-Partei, bzw. auch die darin zur Geltung kommenden protektionistischen Bestrebungen in Betracht gezogen. Aufgrund der authentischen historischen Quellen spricht er über die presspolizeiliche Tätigkeit der Behörden und lenkt die Aufmerksamkeit auch auf den Ausgang der konkreten presspolizeilichen Angelegenheiten, dabei die Presse-(Straf-)verfahrenspraxis der Justizorgane auf die Waage legend.

Auch die inneren Widersprüche dieser progressiven Periode unseres Presserechtes bürgerlichen Charakters hat der Verfasser nicht ausser acht gelassen. Auch deshalb weist er schon auf die Ouvertüre dieser Zeit bedeutenden presserechtlichen „Reformbestrebungen hin, die in Wirklichkeit das wiederbelebte Pressegesetz vom Jahre 1848 durch die Ausarbeitung „eines kleinen kurzen Nachtragsgesetzes“ einzuschränken hofften (siehe im. 27–28. pp.). Auch der verstärkte Angriff der Oppositionspresse regte die Gegenschritte der Regierung der Deák-Partei an. In Wirklichkeit kam es jedoch dazu, dass die Korrektur der Verordnungen des liberalen Presserechtes eher durch die Mittel der Politik versucht wurde. Bei dieser Bestrebung war Boldizsár Horvát, der das Justizwesen verwaltete, eine zuverlässige Stütze der Regierung, dessen beispiellos reiche Rolle im öffentlichen Leben (und in der Rechtsschaffung) unlängst von dem Rechtshistoriker Gábor Máthé in seinem 1982 im Akadémia Verlag erschienenen Werk „Die Entstehung der ungarischen bürgerlichen Justizorganisation 1867–1875“ erörtert wurde. Als drittes könnten wir hier die gleichzeitige Realisierung der Freiheit der Wissenschaft im eigenen Lande erwähnen. All das lässt bereits sehen, dass wir uns dem grossen historischen Jahrestag der *Droits de l'homme* nähernd einen Beweis dafür liefern können, dass wir – zwar im Wirrwarr der verspäteten bürgerlichen Umgestaltungen – einige Möglichkeiten hatten, manche schöpferischen Elemente der Menschenrechte einzuführen. Als solches zählt also die Realisierung der Befreiung des gedruckten Gedankens im ersten Jahrzehnt des Dualismus, was gleich eine (positive) Wirkung auf die Verhältnisse in Siebenbürgen bzw. in Kroatien hatte, und wirkte anregend auch auf die Ausgestaltung des politischen Systems der sich im südeuropäischen Territorium gleichzeitig befestigenden souveränen Staatsgebilde kleiner Nationen aus (Bulgarien, Serbien, Vereinigtes Fürstentum Rumänien). Während in den früheren Zeiten nur die Budaer Universitätsdruckerei Initiator des nationalen Erwachens der südeuropäischen Nachbarländer sein konnte, konnte durch die hier in Druck gegebenen bahnbrechenden Werke, in die Periode des Dualismus übertretend, auch eine Reihe von fortschrittlichen gesellschaftspolitischen, bzw. kulturellen Errungenschaften in breiterem Sinne zur Anregung der gesellschaftlichen Fortschritte geeignet sein.

Nicht „zum Malen des idyllischen Bildes“ des Presserechtes wollen wir mit den obgenannten Gedanken gelangen (darauf weist auch der Verfasser mit Recht hin, siehe im. 224 – 225 pp.), nachdem der Verfasser – in engem Zusammenhang mit unserem Thema – die protektionistischen pressepolitischen Bestrebungen der Regierung der Deák-Partei erörtert (siehe unter Stichworte „die Aufgabe des Pressekommandos“, „die Hindernisse der offiziellen Information“ usw. aufgrund des 2.1., 2.2.2. und 3. Kapitels). Der Verfasser schildert auch den Umstand glaubenswürdig, dass das innerhalb des Apparats des Ministerpräsidiums organisierte „Pressekommando“ als eine Art „parteiloses“ Organ zu funktionieren wünschste, und auch das trug dazu bei, dass die Pressepolitik der Regierung in den Jahren nach dem Ausgleich ziemlich unsicher wurde (siehe aufgrund 102 – 131 pp.). Manchmal kann diese Regierungspolitik schon beinahe mit der „Machtlosigkeit“ identifiziert werden, in Wirklichkeit hat aber die in Wirkungsbereich der Organe des Inneren liegende Presspolizei einige entscheidene Schritte zur „Besänftigung“ der Oppositions-/bzw. Nationalitäten-/Blätter verschiedener Nuance getan. Unter dem Stichwort „Die Presspolizei des dualistischen ungarischen Staates“ (4. Teil 141 – 168 pp.) analysiert der Verfasser diese konkreten Bestrebungen. Die grosse positive Bedeutung unseres übrigens kurzen historischen Zeitalters besteht wieder darin, dass durch die Wiederbelebung des XVIII. Gesetzartikels vom Jahre 1848 weder die örtlichen Ordnungs-(Brachial)organe noch das zentrale Pressekommando imstande waren, gegen die Pressprodukte der einheimischen Druckereien wirkungsvoll aufzutreten. Selbst das unter dem Vorwand der Verletzung der sogenannten Kautionsregeln angewandte Verfahren konnte nur einigermaßen die Verwirklichung der Gedankenfreiheit schmälern. Nicht so im Falle der „über die Grenzen des Landes Einlass verlangenden, den Standpunkt der ungarischen Regierung nicht respektierenden, oder die dualistische Einrichtung angreifenden“ Pressprodukte (siehe ih. 157. p.), bzw. gegenüber den Trägern der Nationalitäten-/politischen Bestrebungen (siehe im. 225. p.). Mit objektiver historischer Treue sagt also der Verfasser, dass „der befangene Kurs der Regierung und ihres Vergeltungsapparats gegen die Nationalitätenjournalistik trotz der liberalen Rechtssprechung festzustellen ist“. Darauf weist der auch empirisch abtastbare Umstand hin, dass während die Verfasser wegen der regierungs- und ungarfeindlichen Artikel der nichtungarischen Blätter häufig an den schwurgerichtlichen Verhandlungen anwesend waren, „haben die Anklagebehörden zur Vergeltung der nationalitätenfeindlichen Angriffe der ungarischen Organe der Regierungspartei nicht einmal einen Versuch gemacht“. Im Zusammenhang mit einem Immunitätsfall (Babes) wird also im Werk nicht zufällig aus der Parlamentsdebatte (1874) zitiert, dass der „Staatsanwalt, wenn er schon seinem Beruf entspricht, nicht ausschliesslich gegen die rumänischen Nachrichtenblätter“ auftreten soll, sondern auch gegen die ungarischen Blätter, denn zum Beispiel die Reform „veröffentlicht fast täglich verleumderische Artikel gegen die kroatische Nation und Regierung“ (siehe im. 247/194.). Deshalb steht nun der Verfasser nicht im Widerspruch, als er im 5. Teil (Strafrechtliche Mittel im Dienste der Pressepolitik der Regierung) trotz der zitierten historischen positiven Elemente auch unter dem Stichwort „Justizoffensive“ gegen die Oppositionsblätter (5.1.1.) reich dokumentierbare Momente systematisierte. Mit der Systematisierung der Chronik der konkreten Schwurgerichtsverhandlungen versucht der Verfasser zum Beispiel auch auf die Frage eine Antwort zu bekommen, wie weit das Gesetz vom Jahre 1848, bzw. die von der dualistischen Regierung geschaffenen Verfahrensregeln die Möglichkeit zur Verwirklichung der den Blättern der politischen Gegner auf der Spur folgenden, deren Massregelung und Verstummen betreffenden Rechtspolitik boten.

Aufgrund der gesagten wird das von Mihály Révész T. geschilderte Bild immer zusammengesetzter. Unter der Wirkung der relativ geringen Zahl der Pressprozesse, der vorsichtigen (zurückhaltenden) Verhaltens der Anklagebehörden und vieler anderer Faktoren ist aber die Konsequenz nicht mehr idealisiert, die in Anwesenheit des Übergewichtes der positiven Elemente (mit Recht) eine noch nuanciertere Formulierung von der ersten, zwar kurzen Periode des Dualismus fordert. Die Reorganisierung der Justiz, die Verwirklichung der Freiheit der Wissenschaft, bzw. unsere im Thema der Pressefreiheit gemachten analysierenden Untersuchungen stehen auf diese Weise im engen logischen Zusammenhang miteinander und machen vielleicht deutlich, dass der 200. Jahrestag der Droits de l'homme auch durch die bescheidenen Ergebnisse des ungarischen Rechtshistorismus bereichert werden kann. Die Resultate des rezensierten Werkes sollen in unsere einheimische, neuzeitliche Rechtsentwicklungs-Weltanschauung eingebaut werden und sie können gleichzeitig auch als lehrreiche Anhaltspunkte für zahlreiche gesellschaftswissenschaftliche Zweige, bzw. für die Geschichtswissenschaft dienen.

PÁL HORVÁTH